

Vermerk

„Endlager gesucht!“

Vermerk über eine Info-Veranstaltung im Kieler Landeshaus am 24. April 2019 zur Endlagersuche für hochradioaktive Abfälle im gesamten Bundesgebiet

An dieser Auftakt-Veranstaltung nahm FD IV.2.8 (Hr. Baade) teil – Hintergrund war, dass möglicherweise im Amt Siek die geologischen Bedingungen für ein Endlager gegeben seien.

Vier Experten informierten in Kiel über die Atommüll-Endlagersuche.

Der Bund will bis 2031 ein Endlager für hoch radioaktive Abfälle aus deutschen Atomkraftwerken finden. Wie und nach welchen Kriterien bundesweit der beste Standort gesucht werden soll, war erstmals Thema bei dieser Informationsveranstaltung für Bürger/innen im Landeshaus in Kiel. Rund 100 Personen waren gekommen. Die Atmosphäre war ruhig und sachlich. Es war die bundesweit erste von vielen weiteren Infoveranstaltungen vom Bundesamt für kerntechnische Entsorgungssicherheit (BfE).

Seit Jahrzehnten sucht Deutschland ein Endlager. Ursprünglich war es im niedersächsischen Salzstock Gorleben geplant. Der Salzstock war jahrzehntelang auf seine Tauglichkeit als Endlager für hoch radioaktiven Müll untersucht worden. Im Jahr 2013 wurden die Erkundungsarbeiten im Zuge des Neustarts bei der Endlagersuche jedoch eingestellt. Im Zusammenhang mit der Energiewende wurde aber beschlossen, das Auswahlverfahren neu zu starten und mit einer sogenannten "weißen Landkarte" zu beginnen.

Seit Mai 2017 regelt das **Standortauswahlgesetz** die Suche nach einem Endlager. Es sieht unter anderem die Beteiligung der Öffentlichkeit und der betroffenen Gemeinden vor - das BfE überwacht das Suchverfahren.

Bis 2031 will der Bund einen geeigneten Ort finden. Ziel ist es, einen unterirdischen Ort zu finden, an dem der strahlende Abfall eine Million Jahre möglichst sicher lagern kann. Es wurde angeführt, dass man in diesen Zeitdimensionen gedacht, gesichert davon ausgehen kann, dass sogar ein Atommüllendlager früher oder später von der Menschheit vergessen wird - der Standort wird nach Tausenden von Jahren nicht wieder auffindbar sein.

Weiter wurde betont, dass es bisher weltweit noch kein solches Endlager gäbe. Nach Angaben des BfE-Präsidenten König wird der radioaktive Atommüll Deutschlands am Ende in 1.900 Behälter passen. Mengenmäßig entspreche dies 25.000 Kubikmetern oder einem elf Kilometer langen Güterzug.

Auf Basis festgeschriebener Kriterien suchen Experten geeignete Regionen aus.

Unter anderem gelten folgende Mindestanforderungen:

- Zwischen Erdoberfläche und Endlager müssen 300 Meter Gestein liegen
- Das Endlager selbst muss von einer 100 Meter starken Schicht aus Granit, Salz oder Ton umgeben sein

Ausgeschlossen sind Gebiete, deren Untergrund beschädigt oder gefährdet ist. Es soll etwa kein atomares Endlager dort gebaut werden, ...

- wo Erdbeben möglich sind
- wo es Bergwerke gibt oder gab und
- in denen es Vulkane gibt.

Erste Ergebnisse der nun folgenden Suche sind für 2020 geplant.

Grundlegendes Konzept der in den kommenden Jahren durchzuführenden Suche wird es sein, den Bürgerinnen und Bürgern frühzeitig ihr Ängste zu nehmen und sie frühzeitig in den Suchprozess einzubinden.

Auch in Schleswig-Holstein werden wohl - wie im gesamten Bundesgebiet - Orte nach ihrer Eignung geprüft werden. Im Land wurde in den vergangenen Jahren immer wieder über Namen verschiedener Gemeinden spekuliert, die bereits in früheren Gutachten als Endlager in Betracht gezogen worden waren. So taucht zum Beispiel die Gemeinde Sterup im Kreis Schleswig-Flensburg in einem alten Gutachten von Mitte der 90er-Jahre auf.

Beauftragt mit der Suche ist ein bundeseigenes Unternehmen - die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE). Es wertet derzeit geologische Daten aus ganz Deutschland aus. Aus den Ergebnissen erstellt sie dann eine Karte mit Regionen, in denen ein Endlager gebaut werden könnte. Erste Ergebnisse, welche Gebiete möglicherweise für weitere Erkundungen in Frage kommen, hat das Unternehmen für das nächste Jahr angekündigt. Die Entscheidung über einen Endlager-Standort treffen am Ende Bundestag und Bundesrat.

Über konkrete Standorte wurde in dieser Veranstaltung noch nicht diskutiert.

Vertreter/innen des Amtes Siek nahmen teil.

(Baade)